

14. Dezember 2018

Rote Karte für die Grundgesetzänderung, Bildungsstaatsvertrag jetzt!

Berlin – In einer gemeinsamen Presseerklärung nehmen der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Mario Ohoven, der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm, und der Generalsekretär der Bildungsallianz des Mittelstandes, Patrick Meinhardt, zur heutigen Beschlussfassung des Bundesrates Stellung:

„Der Mittelstand und die Bildungsverantwortlichen sind über die rote Karte des Bundesrates gegenüber dem Bundestag und die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Grundgesetzänderung bei der Bildungsfinanzierung sehr erleichtert.

Es geht darum, unkompliziert den Schulen Geld für digitale Aufgaben zur Verfügung zu stellen und nicht über die Hinterzimmer, wie vom Haushaltsausschuss des Bundestages in letzter Minute durchgedrückt, in die Schulen hineinzuregieren. Wir sind über das dilettantische Vorgehen des Bundes entsetzt. So kann Bildung in unserem Land nicht besser werden.

Unser Vorschlag, für den der Mittelstand schon seit Jahren kämpft, ist einfach: Wir brauchen keine Grundgesetzänderung, sondern so schnell wie möglich einen Bildungsstaatsvertrag zwischen dem Bund und den Ländern. Und den bekommt man unkompliziert, wenn man anders als bei der im Schweinsgalopp im Bundestag verabschiedeten Grundgesetzänderung mit den Ländern redet, die für die Bildung verantwortlich sind.

So ganz nebenbei ist es peinlich, dass in diesem Land seit zwei Jahren über die Finanzierung eines Digitalpaktes in Höhe von 5 Milliarden Euro für 5 Jahre gestritten wird, während zugleich die öffentlichen Bildungsausgaben allein im Jahre 2017 schon um 5 Milliarden gestiegen sind.“

Pressekontakt: Waltraud Erndl, Pressesprecherin VDR, erndl@vdr-bund.de, +49 (0)15201957242

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern.

Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit.

